

Beschlussvorlage
110/2006

Beratungsfolge:	Gremium:	Art der Sitzung:	
13.09.2006	Jugendhilfeausschuss	öffentlich	beratend
25.09.2006	Kreisausschuss	öffentlich	entscheidend

Tagesordnung:

Nachtragshaushalt 2006; Ansätze aus dem Bereich Jugendhilfe

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf für den Nachtragshaushalt 2006 wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkung: Ja Nein

Haushaltsstelle:

Ansatz:

Finanzierung / noch verfügbar:

Bad Dürkheim, 05.09.06

Sabine Röhl
Landrätin



Im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2006 müssen für erhöhte Jugendhilfeleistungen insgesamt rund 640.000,00 € zusätzlich veranschlagt werden. Die Gesamtausgaben erhöhen sich damit auf rund 31.018.000,00 €, die Gesamteinnahmen auf 12.168.000,00 €.

Im Bereich der Hilfe zur Erziehung ist weiter ein Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. So wurden im Juni 2006 rund 60 Maßnahmen mehr als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr finanziert, was einen Anstieg um rund 12% bedeutet. Der Anstieg ist im Bereich der ambulanten Hilfen zu verzeichnen. Diese Zahlen entsprechen dem landesweiten Trend.

Entgegen dem allgemeinen Trend konnte bei den vollstationären Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen in Heimen ein Rückgang der Maßnahmen verzeichnet werden – siehe TOP 2 der Sitzung. Begründet ist der Rückgang außerdem mit dem Schuljahresende, da die Entlassung aus dem Heim auch mit dem Schulabschluss verbunden sein kann. Ob die Zahlen im ganzen Jahr so bleiben, kann zur Zeit noch nicht abgesehen werden.

Die Fallzahlen im Bereich der Sozialpädagogischen Familienhilfe sind weiter angestiegen. So wurden Ende letzten Jahres 95 Familien ambulant betreut. Aktuell laufen 104 Maßnahmen. In 2004 wurden zum Vergleich 45 Familien durchschnittlich betreut.

Auch die Fallzahlen bei der Erziehungsbeistandschaft haben sich um 10 Fälle auf 54 erhöht, so dass die für die Haushaltsplanungen 2005 zugrunde gelegte Kalkulation ebenfalls nicht ausreicht. Die Kosten für die Vollzeitpflege steigen aufgrund der Intensivierung des Sonderpflegebereichs an. Die Fälle, in denen ein anderes Jugendamt Kostenträger ist und wir zuständig sind, da die Pflegeeltern in unserem Landkreis wohnen, haben sich im Vergleich zum letzten Jahr um zehn Fälle auf 55 erhöht, was einem Anstieg von über 20% entspricht. Auffällig ist bei einigen dieser Fälle, dass Sonderleistungen zu erbringen sind, um einen Verbleib dieser Kinder in der Pflegestelle auf Dauer zu sichern.

Für den Bereich der Tagesgruppenunterbringung ist ebenfalls eine Anpassung notwendig, da durchschnittlich 10 Kinder mehr als im Vorjahr einen Tagesgruppenplatz besuchen. Aktuell sind die Zahlen im Zusammenhang mit den Sommerferien rückläufig.

Die Mehrausgaben in diesem Bereich bedeuten gleichzeitig auch Mehreinnahmen aus Landesmitteln. Dabei liegt die Beteiligung des Landes derzeit bei rund 17,6%, 1% weniger als im Vorjahr. Die Quote errechnet sich jeweils aus den aufgrund des Kassenabschlusses des Vorjahres angezeigten Ausgaben abzgl. Einnahmen (Kostenbeiträge, Einnahmen Dritter). Nach dieser Meldung erfolgt eine Verteilung auf alle Landkreise und kreisfreien Kommunen in Rheinland-Pfalz. Eine Auszahlung erfolgt dann im Juli des folgenden Jahres und Februar des darauf folgenden Jahres. Die aufgrund der Mehrausgaben 2006 entstehenden Mehreinnahmen aus Landesmitteln werden erst im Jahr 2007 und 2008 kassenwirksam.

Bei der derzeitigen Quote kann aufgrund des Nachtrags mit Mehreinnahmen von rund 130.000,00 € aus Landesmitteln kalkuliert werden.

Unklar sind derzeit noch die Auswirkungen der Änderung des SGB VIII im Bereich der Kostenbeiträge der Eltern. Hier war notwendig, bei allen Eltern, deren Kinder voll- und teilstationär untergebracht sind, die Einkommensverhältnisse neu zu prüfen. Dies ist noch nicht abschließend erfolgt.

Seite 3 Beschlussvorlage **110/2006**

Anlagen:

Erläuterungen
Übersicht Hilfe zur Erziehung

